

K-5 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 24.11.2022
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
 2 unterschiedlichsten Biografien, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der
 3 Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von
 4 Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des
 5 Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und
 6 Diskriminierungsschutz für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
 7 diskriminierende und rassistische Strukturen sowie jedwede Formen der Diskriminierung und
 8 Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand
 9 Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung
 10 die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wo verschiedene Formen der Diskriminierung
 11 und Ausgrenzung zusammenfallen, betrachten wir diese stets in ihrem Zusammenhang:
 12 Beispielsweise müssen Frauen-, Queer- oder Inklusionspolitik immer auch antirassistisch
 13 sein, so wie auch Antirassismus feministisch, queer und inklusiv sein soll. Unsere Politik
 14 ist intersektional. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb
 15 haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und
 16 Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Unser
 17 Frauenstatut dient seit über 30 Jahren erfolgreich als Grundlage dafür, Macht und Teilhabe
 18 in unserer Partei geschlechtergerecht zu verteilen. Darauf wollen wir aufbauen. Uns ist
 19 bewusst: Menschen, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen
 20 Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus und Diskriminierung verlernen.
 21 Menschen, die in unserer Gesellschaft von Rassismus betroffen sind, müssen sichtbar werden,
 22 nicht nur zu Wort kommen und mitbestimmen können, sondern auch in die Entscheidungsprozesse
 23 einbezogen werden – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das ist ein
 24 erster wichtiger und notwendiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

25 Um dies zu erreichen, braucht es auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit
 26 unterschiedlichen Formen von Rassismus, etwa Rassismus gegen Schwarze Menschen,
 27 antimuslimischem Rassismus oder antisiasiatischem Rassismus. So hat Berlin als erstes
 28 Bundesland eine Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus einberufen, von der wir uns
 29 wichtige Impulse und Maßnahmenvorschläge versprechen.

30 Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

31 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
 32 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
 33 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
 34 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt, Respekt.“ unterstützen wir
 35 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
 36 Antiziganismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter
 37 ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine
 38 stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker
 39 an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen neue niedrigschwellige und inklusive
 40 Beteiligungsformate erproben und etablieren, die die Teilnahme von Menschen ermöglichen,
 41 deren Stimmen aufgrund von Zugangsbarrieren oder weil sie sich nicht angesprochen gefühlt
 42 haben, bisher unsichtbar und unhörbar geblieben sind. Dazu wollen wir in allen Bezirken und

43 auf Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die temporär zu bestimmten Themen gebildet
44 werden und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

45 Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen

46 Unsere Partei wurde durch die Frauenbewegung maßgeblich geprägt und ist mit aus ihr heraus
47 entstanden. Feministische Politik gehört zu unserer DNA – und wir sind erfolgreich. In der
48 grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
49 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Mit der
50 intersektionalen Brille betrachtet ist das Defizit der Unterrepräsentation noch eklatanter:
51 Lesbische Frauen und Women of Color sind im Abgeordnetenhaus so gut wie kaum repräsentiert.
52 Das nehmen wir nicht hin! Wir prüfen, wie wir einen verfassungskonformen Weg für ein
53 Paritätsgesetz entwickeln können, damit alle Parteien verpflichtet sind, deutlich mehr
54 Frauen in die Parlamente zu schicken.

55 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
56 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das achte Berliner
57 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein neuntes Frauenhaus, denn die
58 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
59 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
60 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
61 verabschiedet.

62 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
63 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
64 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

65 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

66 Unsere Stadt ist so bunt wie der Regenbogen und eine vielfältige queere Community gehört zum
67 Herzen der Regenbogen-Hauptstadt Berlin. Hier sollen sich alle queeren Menschen willkommen,
68 sicher und zuhause fühlen – egal ob hier geboren, zugezogen oder zu Besuch. Wir unterstützen
69 queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Dafür braucht es
70 Freiräume, die wir schützen wollen. Den bestehenden Maßnahmenplan, die „Initiative
71 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV), werden wir gemeinsam mit den lesbischen,
72 schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys weiter ausbauen und neue Handlungsfelder
73 erschließen, um quer durch alle Ressorts die vielfältige Beratungs-, Empowerment- und
74 Antidiskriminierungsarbeit für LSBTIQ* im Bildungs- und Gesundheitsbereich über den
75 Gewaltschutz bis hin zur Kultur- und Erinnerungspolitik zu stärken. Durch einen
76 ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen,
77 bi-, trans- und inter-Communitys erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für
78 Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine
79 und Aktivist*innen zu Wort kommen und ihre vielfältigen, intersektionalen Perspektiven
80 einfließen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

81 Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat

82 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
83 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
84 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
85 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir der Berliner Polizei bei konkretem
86 Verdacht auf terroristische Straftaten oder ähnlich schwere Verbrechen zusätzliche
87 Kompetenzen wie die Telekommunikationsüberwachung unter Richtervorbehalt eingeräumt und
88 gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
89 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines

90 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
91 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
92 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
93 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
94 Reihen schonungslos aufdeckt, sich die dafür notwendigen diskriminierungskritischen
95 Kompetenzen und das erforderliche Wissen systematisch und kontinuierlich aneignet und so
96 vielfältig und offen ist wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. Gewalt und
97 Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Dagegen
98 braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln. Gewalt kann niemals ein legitimes Mittel
99 in der politischen Debatte sein. Sie disqualifiziert für jeglichen politischen Diskurs.
100 Rechtsextremismus ist dabei die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit
101 in Deutschland und Berlin. Als Folge des Anschlags auf dem Breitscheidplatz haben wir die
102 Strukturen zur Bekämpfung von islamistischem Terror gestärkt. Wir errichten ein neues Anti-
103 Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Die
104 Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss
105 Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Linksradikaler Gewalt treten wir wie jeder Form
106 von politisch motivierter Gewalt konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

107 Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte Polizist*innen entschädigt
108 und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet
109 werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr und Polizei wurden deutlich
110 angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr ist in der Planung, um
111 Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und Arbeitsbedingungen für
112 unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen. Die Ausweitung der
113 Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie Gesichtserkennung zur Gefahrenabwehr lehnen wir
114 ab.

115 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
116 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
117 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
118 im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen Justizvollzugsanstalten wieder erreicht,
119 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der
120 Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn
121 abzudrehen und Vermögen einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner
122 Staatsanwaltschaft gegründet. Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass
123 Lebensmittel nicht verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes
124 erfüllen. Um die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir
125 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der
126 Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

127 Freiräume erhalten und fördern

128 Berlin lebt von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Gerade
129 in einer wachsenden Stadt geraten Freiräume unter Druck, deshalb darf das Bekenntnis zu
130 Freiräumen für Kunst, Kultur und alternativen Lebensmodellen nicht nur ein Werbespruch
131 bleiben. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene eine Reform des Gewerbemietrechts, die es den
132 Kommunen ermöglicht, Räume zur Produktion von Kunst und Kultur, für Bildungseinrichtungen
133 und Kulturorte zu schützen, etwa durch die Ausweitung des Milieuschutzes auf gewerbliche
134 Räume. Auch setzen wir uns für den Schutz von Freiräumen ein, die als Schutzräume für
135 alternative Lebensentwürfe und marginalisierte beziehungsweise von Diskriminierung
136 betroffene Gruppen dienen. Wir wollen, dass alternative Freiräume langfristig Bestand haben,
137 in ihren Räumen bleiben können oder – falls nötig – neue Orte erhalten, wenn ihre Existenz
138 bedroht ist. Solange Land und Kommunen durch den Bund jegliche Kompetenz für den Erhalt von

139 diesen Freiräumen verwehrt bleibt, wollen wir im Fall von Besetzungen dem Berner Vorbild
140 folgen, damit nur und erst dann geräumt wird, wenn der Besitzer eine geplante Nutzung der
141 Räumlichkeit nachweisen kann. Generell haben bei Besetzungen für uns politische Lösungen
142 immer Vorrang.

143 Kulturmetropole Berlin

144 Berlin hat eine einzigartige Kunst- und Kulturszene. Wir wollen, dass alle Menschen in
145 dieser Stadt ungehindert und barrierefrei teilhaben können an Kultur und Künsten. Infolge
146 der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler
147 Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Der Wert von
148 Kunst und Kultur steht für sich und bleibt unabhängig von seiner kommerziellen
149 Verwertbarkeit. Deshalb kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von
150 Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für
151 eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die
152 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie
153 Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und der
154 kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt
155 – gerade auch in Jurys, Intendanzen und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien
156 Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

157 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
158 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
159 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die
160 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
161 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und der
162 Kulturförderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Zur
163 kollektiven Erinnerungskultur gehört es auch, die Sichtbarkeit der ersten und zweiten
164 Generationen der Arbeitsmigrant*innen (Westberlin) sowie Vertragsarbeiter*innen (Ostberlin)
165 und ihrer Errungenschaften im Straßenbild zu erhöhen. Erinnerungsstrategien sowie die
166 Geschichten der Aufbaugeneration wollen wir gemeinsam mit Menschen, die über das
167 Anwerbeabkommen nach Deutschland migriert sind, und ihren (Enkel-)Kindern entwickeln und
168 umsetzen. Antirassistische, feministische und queere Perspektiven in den Museen wollen wir
169 weiter stärken und die Geschichte(n) dieser emanzipatorischen Bewegungen in den
170 Kultureinrichtungen und im Stadtbild Berlins sichtbarer machen. Sammlungen, Archive und
171 Museen, die von sozialen Bewegungen selbst aufgebaut wurden, werden wir weiter unterstützen
172 und ihren Bestand auch in Zukunft gewährleisten.

173 Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen

174 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung.
175 Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer Sorge. Das Erstarken von
176 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Polen, Ungarn und anderen Ländern droht
177 die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die sogenannten "LSBT*-freien Zonen" in Polen,
178 die Anti-LSBTIQ*-Angriffe im russischen Tschetschenien sowie die Rücknahme von queeren
179 Rechten in Ungarn sind besorgniserregende Menschenrechtsverletzungen, denen sichtbar
180 entgegengetreten werden muss. Wir arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte
181 queerer Menschen in Polen und setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch
182 auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer
183 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
184 mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein
185 Leben aufzubauen. Wir machen Berlin zu einer guten Heimat für all diejenigen, die in Berlin
186 Schutz suchen und hier leben wollen. Wir setzen uns für die gerechte Öffnung der Strukturen

187 für Geflüchtete ein – vom gerechten Zugang zu (Aus)Bildung, Wohnung, Arbeit, ärztlicher
188 Versorgung und sozialer Absicherung über Kunst und Kultur und bis hin zur politischen
189 Teilhabe, nicht zuletzt in unserer eigenen Partei. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin zu
190 einer starken Solidarity City wird.

191 4.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen Diskriminierung

192 Berlin ist offen. Offen für Neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
193 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
194 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
195 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
196 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
197 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
198 und gegen Stigmatisierung. Wir werden das LADG konsequent weiterentwickeln. Wir setzen uns
199 dafür ein, Diskriminierung aufgrund des Gewichts in den Merkmalskatalog aufzunehmen.
200 Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten „Diversity-Landesprogramm“ wird die
201 Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
202 vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine
203 eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung
204 Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

205 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
206 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
207 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
208 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
209 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
210 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
211 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
212 Betroffene von Antisemitismus, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sinti*ze und
213 Rom*nja ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein
214 umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe,
215 gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und
216 staatlichen Institutionen. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot werden wir im engen
217 Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den
218 Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassizismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa
219 im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen
220 auch den (psycho-)sozialen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch. Hinzu kommen
221 Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der Aktionsplan zur
222 Einbeziehung ausländischer Rom*nja, den wir in ein Landesprogramm überführen wollen. Das
223 Islamforum soll durch eine Geschäftsstelle gestärkt werden, um das Potential der
224 muslimischen Gemeinden für Teilhabe und Partizipation zu nutzen.

225 Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen

226 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
227 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
228 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
229 identifiziert und abgebaut werden. Dazu gehört auch, die Verwaltung mehrsprachig
230 auszurichten. Deshalb wollen wir für Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Kundenkontakt
231 verstärkt Sprachkurse anbieten. Damit das Landesantidiskriminierungsgesetz seine Wirkung
232 zeigen kann, werden wir die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf dieses
233 Gesetz schulen und zu rassistis- und diskriminierungskritischen Kompetenzen fortbilden.
234 Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für

235 Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner
236 Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity-Landesprogramm stetig fortentwickeln und auf
237 eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen eine strukturelle und einheitliche
238 Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der
239 Bezirke. Dazu gehören unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen
240 Organisationsstrukturen und -abläufe, die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren
241 und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung sowie die Implementierung von
242 Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Wir wollen in den
243 Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.
244 Angelehnt an den sogenannten „Gender-Check“ wollen wir zukünftig einen „Diversitäts-Check“
245 einführen. Im Sinne eines modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats
246 vorab auch auf potentiell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde Wirkungen hin
247 untersucht werden.

248 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
249 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
250 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
251 Zuschreibungen betroffenen Gruppen entsprechend der UN-Antirassismuskonvention (ICERD), in
252 der Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentation von Schwarzen Menschen und People
253 of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen und durch
254 verbindliche Zielvorgaben wie zum Beispiel eine Zielquote im öffentlichen Dienst fördern.
255 Wir begrüßen die in der Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der
256 Migrationsgesellschaft (PartMigG) festgeschriebenen Berichtspflichten und regelmäßigen
257 Mitarbeiterbefragungen zu Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung, die die
258 Personalentwicklungen in den Berliner Verwaltungen nachvollziehbar machen und die Grundlage
259 für die regelmäßigen Zielvereinbarungen auf allen Hierarchieebenen bilden. Wir stehen zwar
260 der Kategorie „Migrationshintergrund“ (rassismus-)kritisch gegenüber, aber sind auf deren
261 Verwendung derzeit leider wegen der Vergleichbarkeit mit der aktuellen statistischen
262 Bezugsgröße angewiesen; dieser Begriff ist derzeit die einzige vom Mikrozensus statistisch
263 erhobene Größe. Perspektivisch wollen wir, dass Gleichstellungsdaten von Menschen mit
264 Rassismuserfahrung erfasst werden. Wir setzen uns dafür ein, das Personalvertretungsgesetz
265 dahingehend zu novellieren, dass es analog zur Frauenvertretung ebenso eine Vertretung von
266 und für BPoC bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst gibt, um die
267 Fördermaßnahmen und die Durchsetzung der verbindlichen Zielvereinbarungen zu überwachen. Wir
268 fordern die ersatzlose Streichung des Begriffs „Integration“ aus dem neuen Gesetz zur
269 Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft, der Menschen mit
270 Rassismuserfahrung demütigt und nichts als eine leere Worthülse ist. Dabei machen wir uns
271 eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von
272 Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch
273 Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-
274 Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen
275 dies absolut notwendig ist. Wir stärken die Rechte von trans, inter und nichtbinären
276 Menschen, indem wir in allen Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Berlin
277 dafür sorgen, dass Geschlechts- und/oder Namenseintrag sowie Anrede selbstbestimmt und
278 unbürokratisch wählbar sind und entsprechend in internen wie externen Dokumenten angepasst
279 werden. Die Beratung hierzu wollen wir ausweiten.

280 Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen

281 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
282 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie.
283 Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
284 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen. Berlin

285 wird sich weiterhin an der Umsetzung der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“
286 beteiligen. In enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft sollen Maßnahmen gegen anti-
287 Schwarzen Rassismus umgesetzt werden, die im Kontext des Konsultationsprozesses erarbeitet
288 worden sind. Wir unterstützen die Einrichtung eines Schwarzen Community-Zentrums.

289 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
290 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
291 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
292 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
293 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
294 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
295 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,
296 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im „Diversity-
297 Landesprogramm“ zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
298 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen der Gesellschaft wie den
299 Bildungseinrichtungen des Landes identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
300 Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und andere Formen der
301 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht
302 bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche
303 Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung,
304 interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den
305 Sicherheitsbehörden und in der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse
306 weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und
307 Jurist*innen. Es ist elementar für Prävention von und Schutz vor Diskriminierungen,
308 diskriminierungskritische Diversity-Seminare in diesen Ausbildungen fest zu verankern. Uns
309 ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial
310 Profiling betroffen sind – unter anderem Schwarzen Menschen, als türkei- und arabischstämmig
311 wahrgenommenen Menschen, Sinti*ze und Rom*nja –, bei der Entwicklung und Umsetzung von
312 Maßnahmen einzubeziehen und die Expertise aus den Communitys angemessen zu vergüten. Wir
313 begrüßen die Einrichtung eines Beirats für Rom*nja und Sinti*ze im Rahmen der Novelle des
314 Partizipations- und Integrationsgesetzes und wollen dessen Arbeit konstruktiv begleiten.

315 Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen

316 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
317 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
318 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken und die Einbürgerungsquote erhöhen.
319 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung
320 gestalten. Die Möglichkeiten der Einbürgerung wollen wir aktiv und zielgruppengerecht
321 bewerben, etwa durch eine Neuauflage der Berliner Einbürgerungskampagne. Für Menschen, die
322 seit Jahren hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein
323 Ausschlusskriterium sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden bei der
324 Antragstellung abzubauen. Mit einer besseren technischen und bei Bedarf auch personellen
325 Ausstattung der Standesämter wollen wir darauf hinwirken, dass die derzeit teils langen
326 Bearbeitungszeiten signifikant verkürzt werden. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch
327 wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das
328 kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet werden, die ihren
329 Lebensmittelpunkt in Berlin haben, und dass Einbürgerungen erleichtert werden: Wer in
330 Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu
331 werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.
332 Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

333 Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

334 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
335 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
336 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
337 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
338 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
339 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
340 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
341 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
342 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
343 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
344 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
345 Beispielsweise können Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Gemeinderäumen von Kirchen, Moscheen,

346 alevitischen Cem-Häusern, Synagogen und anderer Religionsgemeinschaften, die ihre
347 Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez öffnen, gefördert werden.

348 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
349 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
350 sehen. So wollen wir die rechtlichen und tatsächlichen historischen Vermögensverschiebungen
351 untersuchen, auf deren Grundlage heute Staatsleistungen im Land Berlin gewährt werden.
352 Darauf aufbauend wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der
353 bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die
354 Ablösung der historischen Staatsleistungen treten. Für uns ist klar: Religion und
355 Religionsgemeinschaften sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne
356 Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht
357 vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte
358 – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener
359 sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden. Dies ist Voraussetzung für eine
360 Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und
361 für deren öffentliche Unterstützung. Wir wollen in Kooperation mit den Berliner karitativen
362 und sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften und
363 Arbeitnehmervertretungen zu Vereinbarungen gelangen, in denen diese Betriebe auf die
364 Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechts verzichten. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen
365 der Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere
366 den beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten
367 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der
368 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden. Wir wollen das
369 Kirchenaustrittsgesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden
370 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchenaustritte auch
371 im Online-Verfahren möglich sind. Wir wollen erreichen, dass ab der kommenden
372 Legislaturperiode die Zusammensetzung der Mitglieder im ZDF-Fernsehrat und im RBB-
373 Rundfunkrat die Vielfalt in der Gesellschaft besser abbildet und für die konfessions- bzw.
374 religionsfreien Menschen jeweils ein Sitz eingerichtet wird.

375 4.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den Frauen

376 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
377 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
378 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten
379 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
380 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
381 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
382 verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queer-

383 feministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für
384 alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzten uns auch
385 dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien,
386 Verwaltung, Start-up-Szene und landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben
387 und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist. Dafür
388 wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Zielgrößen und
389 Sanktionsmöglichkeiten weiterentwickeln.

390 Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen

391 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
392 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
393 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
394 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
395 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
396 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
397 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

398 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

399 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
400 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Nach vielen Jahren des Stillstands im Bereich Gender-
401 Budgeting, also der geschlechtergerechten Haushaltsführung, ist es durch eine grüne
402 Initiative im Abgeordnetenhaus gelungen, die Grundlagen des Gender-Budgetings in Berlin zu
403 novellieren und neu auszurichten. Eine deutliche Ausweitung der qualitativen und
404 quantitativen Gender-Budgeting-Daten ermöglicht nun wirkungsvolle Zielvorgaben und
405 Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-
406 Controlling einziehen, das für alle Geschlechter gilt! Um die Umsetzung weiter
407 voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der
408 Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus
409 Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen
410 zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung
411 einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien in Gender-
412 Budgeting integriert werden können. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und
413 dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu
414 stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun
415 mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
416 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken,
417 das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder
418 Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung
419 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine
420 emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen
421 entsprechend schulen.

422 Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben

423 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
424 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, trans, inter, Schwarze Frauen
425 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
426 Folgen für deren Gesundheit hat.

427 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
428 dass wir das achte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
429 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein neuntes Frauenhaus. Das Personal in

430 Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für
431 besonders von Diskriminierung betroffene Gruppen zu schaffen. Auch die Beratung von
432 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
433 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
434 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
435 (mehrfach) marginalisierte Frauen sowie nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
436 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

437 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
438 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
439 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
440 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
441 Expertengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das
442 Thema sensibilisiert.

443 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
444 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot durch den Einbezug der relevanten
445 Communitys weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention
446 stärken. Hilfestrukturen für Frauen müssen dort gefestigt werden, wo der Bedarf besteht.
447 Soziale Träger dürfen nicht zu Opfern der Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt werden.
448 Deshalb werden wir die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für
449 diese Träger als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern.

450 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans, inter und nichtbinäre Personen nicht
451 mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die
452 Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen
453 Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die
454 Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer
455 regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt,
456 wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und
457 mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige
458 Maßnahmen gegen misogynen Gewalt entwickeln. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite
459 von niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten,
460 Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung
461 und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken
462 etablieren. In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung organisierter Kriminalität im
463 Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies
464 fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir
465 weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von
466 Menschenhandel zwingend nötig. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen
467 wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

468 Selbstbestimmte Sexarbeit stärken

469 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
470 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
471 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
472 und -versorgung nachbessern, dabei müssen auch die Rechte und Bedürfnisse von trans, inter
473 und nichtbinären Sexarbeiter*innen berücksichtigt werden. Wir setzen uns für einen
474 erleichterten Leistungsbezug bei den Jobcentern und Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie
475 für die Abschaffung des stigmatisierenden „Prostituiertenschutzgesetzes“ ein. Essentiell
476 ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter*innen einbezogen werden.
477 Wohnungslose Sexarbeiter*innen benötigen zudem Zugang zu sicheren Unterkünften. Mit Blick

478 auf Straßenstriche ist es unerlässlich, den Dialog zwischen Sexarbeiter*innen,
479 Beratungsstellen und Anwohnenden zu stärken, um Stigmatisierung und Diskriminierung von
480 Sexarbeiter*innen entgegenzuwirken. Der von uns unter Rot-Rot-Grün einberufene Runde Tisch
481 Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben,
482 evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen, um die Rechte und Arbeitsbedingungen von
483 Sexarbeiter*innen zu verbessern. Wir wollen der Stigmatisierung von Sexarbeit entgegenwirken
484 und gesellschaftliche Vorurteile abbauen. Einsatzkräfte und Beamt*innen im Kontakt mit
485 Sexarbeiter*innen müssen Weiterbildungen zu diskriminierungssensiblen Umgang absolvieren.

486 Gesundheit – endlich geschlechtergerecht

487 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und inter, nichtbinären sowie trans Personen werden wir
488 verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Gynäkolog*innen in allen Bezirken zu sichern und den
489 Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.
490 Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir
491 in Kreißsäle investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht
492 haben und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen erleichtern.

493 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
494 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
495 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
496 gezielt sowohl Frauen, trans Männer, inter und nichtbinäre Personen und queere Personen in
497 der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe
498 wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von Frauen,
499 trans Männern, inter und nichtbinären Menschen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen
500 Gesundheit zu sensibilisieren.

501 Auftrag an die Bundesregierung

502 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
503 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
504 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den
505 Gender-Care-Gap und den Gender-Pay-Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
506 des Ehegattensplittings sowie die (steuer-)rechtliche Gleichstellung von heterosexuellen,
507 gleichgeschlechtlichen und Ein-Eltern-Familien kämpfen wir auf Bundesebene.

508 4.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

509 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
510 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
511 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
512 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
513 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
514 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden. Darum
515 unterstützen wir die vielfältigen queeren Communitys unserer Stadt dabei, sichere und
516 barrierefreie Räume in der ganzen Stadt zu finden, Teilhabehürden und Ausgrenzungen
517 abzubauen und gemeinsam mit anderen Gruppen für eine inklusivere und solidarische
518 Stadtgesellschaft zu streiten.

519 Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern

520 Wir haben die ganze Stadt im Blick. Der Zugang zu queerer Infrastruktur und insbesondere
521 Beratungs- und Empowerment-Angeboten darf nicht davon abhängen, wo LSBTIQ* in Berlin wohnen.
522 Gleiche Chancen, gleicher Zugang zu Unterstützungsangeboten, flächendeckende und
523 barrierefreie queere Infrastruktur muss es für alle überall geben. Wir haben in den letzten

524 Jahren dafür gesorgt, dass Angebote dazugekommen sind, seien es das erste queere
525 Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle
526 queere Bildung oder seit 2018 der „Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit“ zur Würdigung
527 des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir
528 brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen,
529 insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Dazu
530 gehören auch spezifische Betreuungsangebote und Safe Spaces für besonders marginalisierte
531 Gruppen wie trans, inter und nichtbinäre Personen. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von
532 LSBTIQ* in allen bestehenden und neuen Einrichtungen berücksichtigt und ernst genommen
533 werden. Egal ob Familienzentrum, Seniorenheim oder Jugendclub – in all diesen Einrichtungen
534 muss es Angebote für LSBTIQ* geben. Queere Infrastruktur, darunter auch Safe Spaces wie Bars
535 und Clubs, vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die großen queeren
536 Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum, die jedes Jahr viele Gäste aus der ganzen Welt
537 nach Berlin locken, wollen wir nach den harten Einschnitten der Pandemie gezielt und
538 dauerhaft unterstützen.

539 Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

540 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
541 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
542 diskriminiert und tötlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
543 Wir werden die Präventions- und Antigewaltarbeit für LSBTIQ* weiter ausbauen und eigenes
544 Beratungsangebot für trans, inter und nichtbinäre Betroffene von Queerfeindlichkeit
545 einrichten. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in
546 akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der
547 bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur
548 „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

549 Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung dieses ressortübergreifenden
550 Maßnahmenplans, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-
551 Communitys erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für
552 LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu
553 Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine
554 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu
555 Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir haben
556 verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die
557 als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas
558 und Schulen müssen Geschlechterstereotype hinterfragt und geschlechtliche und sexuelle
559 Vielfalt stärker anerkannt werden. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
560 die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* an
561 allen Berliner Schulen und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte.

562 Lesbische Sichtbarkeit stärken

563 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
564 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft.
565 Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit
566 auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue
567 Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig
568 Berücksichtigung finden, etwa bei der gesundheitlichen Versorgung. Die Verwirklichung des
569 ersten inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen. Zudem werden
570 wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben.
571 Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn

572 sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen
573 dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

574 Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin

575 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
576 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
577 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans, inter und nichtbinäre Menschen ihren
578 Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan
579 gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen. Solange
580 sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in denen
581 das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir die
582 selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir
583 setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
584 allen öffentlichen Einrichtungen und in der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird,
585 inklusive der Anpassung aller Formulare. Bestehende Hürden bei einer Änderung des
586 Geschlechtseintrags wollen wir weiter abbauen.

587 Queere Rechte in Europa und weltweit

588 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
589 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
590 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
591 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die
592 sogenannten „LSBT*-freien Zonen“ in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen
593 und müssen aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in
594 über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

595 4.4 Freiheit schützen und bewahren

596 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
597 Biografien, Identitäten, Zielen und Träumen. Alle Berliner*innen haben gemeinsam, dass sie
598 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
599 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
600 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
601 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
602 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
603 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
604 des Rechtsstaates aufgegeben.

605 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
606 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
607 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
608 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
609 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
610 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
611 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
612 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
613 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
614 Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
615 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
616 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
617 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
618 weiter.

619 Prävention ist der beste Weg

620 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
621 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Dauerhaft abgesicherte und
622 aufsuchende Aufklärungs- und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und
623 klar strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder
624 Sozialämtern. Ordnungs-, Jugend- und Sozialämter müssen angemessen ausgestattet werden,
625 damit sie ihre Aufgaben zuverlässig und flächendeckend wahrnehmen können. Prävention
626 bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen
627 werden. Uns geht es darum, sichere öffentliche Räume zu schaffen, gesellschaftliche
628 Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen und möglichen Täter*innen Alternativen zu
629 bieten, um so Kriminalität vorzubeugen.

630 Polizei vor Ort stärken

631 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
632 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
633 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
634 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
635 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
636 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
637 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
638 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

639 Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt

640 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
641 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
642 wir die Polizei jünger, weiblicher, diverser sowie diskriminierungskritischer machen. Wir
643 werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für
644 sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der
645 Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung,
646 rassistische Tendenzen oder Rechtsextremismus in der Polizei werden wir untersuchen und mit
647 allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.

648 Handeln zählt

649 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
650 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
651 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
652 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
653 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
654 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir Kontrollen, bei denen nicht im Einzelfall eine
655 konkrete Gefahr vorliegt, ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder
656 persönlicher Eigenschaften. Wir werden daher solche verdachtslosen Kontrollen abschaffen und
657 kritisch prüfen, ob diskriminierende Fahndungsmethoden in der Berliner Polizei vorhanden
658 sind. Auch ohne verdachtslose Kontrollen verfügt die Polizei über genügend Maßnahmen, um den
659 Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

660 Polizeiliches Handeln muss weiterhin transparenter werden. Dazu werden wir weitere
661 Mechanismen in der Berliner Polizei etablieren. Wer beispielsweise Ziel einer polizeilichen
662 Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft bedrängt und unter
663 unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweis- und Aufklärungspflichten
664 einführen, so dass jede*r weiß, warum er kontrolliert wurde und welche
665 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Dies betrifft auch die polizeiliche Datenverarbeitung.

666 Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und
667 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei. Auch können so Abläufe in der Polizei optimiert
668 werden. Um strukturellen Problemen begegnen und Veränderung gezielt ermöglichen zu können,
669 wollen wir eine unabhängig konzipierte und durchgeführte Studie zu strukturellem Rassismus,
670 rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellung und Racial Profiling in
671 den Berliner Sicherheitsbehörden, angelehnt an den Berlin Monitor. Überdies möchten wir,
672 dass als vertrauensbildende und präventive Maßnahme „Community Policing“-Konzepte entwickelt
673 und umgesetzt werden, die einen diskriminierungskritischen Austausch zwischen der Polizei
674 und potentiell von Racial Profiling betroffenen Communitys fördern.

675 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir genau
676 untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode einen
677 parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

678 Sicherheitsbehörden stärken

679 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
680 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch
681 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
682 werden wir familienfreundlicher machen, zum Beispiel durch die Ermöglichung von Homeoffice,
683 die Gesundheit der Beamt*innen besser und nachhaltiger schützen, Millionen von Überstunden
684 abbauen und die Ausstattung verbessern. Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst
685 angegriffen werden, werden wir unsere Unterstützung geben. Nach solchen Übergriffen braucht
686 es verbindliche, destigmatisierende Hilfsangebote, die bei Bedarf in Anspruch genommen
687 werden können. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an
688 Silvester aufgrund der Auswirkungen auf Mensch und Tier verbieten. Wir wollen daher die
689 Einrichtung von mehr öffentlichen professionellen Feuerwerken in der Silvesternacht sowie
690 die Ausweitung böllerfreier Zonen.

691 Flexible Hilfsangebote für komplexe Lagen

692 Wir brauchen multiprofessionelle Kriseninterventionsteams, die nach einem Notruf statt oder
693 ergänzend zur Polizei losgeschickt werden können. Die Polizei ist oft nicht die richtige
694 Antwort auf soziale Probleme in unserer Stadt. Wer sich in einer akuten psychischen Krise
695 befindet, marginalisiert ist, durch Obdachlosigkeit in eine Notlage gerät oder Opfer
696 häuslicher Gewalt wurde, sollte keine Angst haben müssen, den Notruf zu wählen. Komplexe
697 Lagen erfordern flexible Antwortmöglichkeiten, die zur tatsächlichen Hilfe bei Betroffenen
698 beitragen können. Angebote wie Storchenmobile wollen wir stärken, auch um den Rettungsdienst
699 zu entlasten.

700 Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat

701 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
702 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu
703 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen ein
704 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Gesetzesinitiativen zur polizeilichen und
705 sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der EU wollen wir als Land Berlin kritisch und
706 unter Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Mitwirkungsrechte begleiten. Sicherheit
707 entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und
708 Privatsphäre aller. Wir wollen die Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen auf
709 das unbedingt erforderliche Maß begrenzen, einen Missbrauch durch technische und
710 organisatorische Vorkehrungen verhindern und bestehende Befugnisse in diesem Sinne
711 überprüfen. Den Einsatz biometrischer Überwachungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen
712 und in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs lehnen wir ab. Wir lehnen Eingriffe in die

713 intimste Privatsphäre ab und sprechen uns daher gegen den Einsatz von Staatstrojanern und
714 Online-Durchsuchungen zur Gefahrenabwehr aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und
715 wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber diese müssen klar definiert,
716 rechtsstaatlich eingehegt und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden sein. Weitreichende
717 Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern zerstören das
718 essentielle Vertrauen in staatliche Institutionen. Zu viele, unsystematisch erhobene Daten
719 können dazu führen, dass aufgrund der schieren Menge wichtige Anhaltspunkte übersehen
720 werden, wodurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr erschwert werden kann.

721 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
722 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen, Strukturen und
723 Bestrebungen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und eine umfangreiche
724 parlamentarische Kontrolle, die wir auch zukünftig weiter stärken wollen. Der Berliner
725 Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren wichtigen Herausforderungen stellen, hat
726 aber dabei bewiesen, dass er in seiner jetzigen Systematik nicht dafür aufgestellt ist, den
727 Herausforderungen einer wachsenden abstrakten und konkreten Bedrohung durch diverse
728 demokratiegefährdende Bestrebungen zu begegnen. Durch den islamistischen Terroranschlag auf
729 dem Breitscheidplatz, im Kontext der rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln oder durch
730 die illegale Datenweitergabe aus dem Verfassungsschutz hat der Berliner Verfassungsschutz
731 weiter an Vertrauen verloren und ist seiner Aufgabenerfüllung nicht gerecht geworden. Er hat
732 sich in Bund und Ländern nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems erwiesen.
733 Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu schaffen, wollen wir den
734 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form mittelfristig abschaffen. Hierfür erstellen wir in
735 der kommenden Legislaturperiode im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation einen
736 konkreten Fahrplan zur Erneuerung der Berliner und der bundesweiten Sicherheitsarchitektur.
737 Zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form lehnen
738 wir ab. Das System der V-Leute muss abgeschafft werden.

739 4.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat

740 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
741 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
742 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
743 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
744 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen
745 Justizvollzugsanstalten die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach jahrzehntelangem
746 Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen Umsetzung begonnen: Mit dem
747 Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein
748 zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit
749 einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir insbesondere begonnen die
750 Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundzusanieren. Wir sind dabei, Richter*innen
751 mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche
752 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel geschafft, um die
753 Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

754 Organisierte Kriminalität bekämpfen

755 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
756 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
757 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
758 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
759 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
760 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen

761 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
762 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Ein Immobilienregister,
763 das die wirtschaftlich Berechtigten offenlegt und die Verschleierung von Besitzverhältnissen
764 über Briefkastenfirmen beendet, kann das hohe Risiko der Geldwäsche in diesem Bereich
765 absenken. Generell sollen Immobilienkäufe nur noch unbar abgewickelt werden dürfen. Auch die
766 Bauaufsichten sollen bei unklaren Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung
767 einer Baugenehmigung Auskunft über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen.
768 Den eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen
769 wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit
770 wollen wir weiter stärken.

771 Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen

772 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
773 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
774 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
775 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
776 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
777 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
778 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
779 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
780 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
781 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
782 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
783 vorantreiben.

784 Opfer stärken

785 Opfer von Straftaten stärker in den Blick nehmen ist uns in der Rechts- und
786 Sicherheitspolitik ein großes Anliegen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem
787 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen
788 und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen
789 und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die
790 psychosoziale Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit
791 traumatische Folgen möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft
792 eine wichtigere Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet
793 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität
794 gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten.
795 Sie soll psychologische Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer
796 Anzeige bieten.

797 Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen

798 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
799 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
800 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
801 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
802 spezifischer Fachfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
803 eingesetzt werden können. Vorerfahrenszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
804 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
805 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. In der Justiz und auch in anderen Bereichen brauchen
806 wir Jurist*innen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre Rolle darin bewusst
807 wahrnehmen, Empathie gegenüber Rechtssuchenden aufbringen und die Vielfalt der Gesellschaft
808 widerspiegeln. Deshalb wollen wir in der juristischen Ausbildung die Grundlagenfächer

809 stärken, kritische Rechtswissenschaft fördern und Diversity-Kompetenz als juristische
810 Kernkompetenz anerkennen. Wir wollen die Prüfungsbedingungen der Staatsexamina verbessern
811 und lehnen eine Schwächung des universitären Schwerpunkts ab. Wir werden möglichst schnell
812 das elektronische Examen sowie die Möglichkeit eines Teilzeit-Referendariats einführen. Auch
813 die Förderung von Frauen werden wir weiter stärken: mit einem transparenten
814 Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch besetzten Gremien und Vorschlagslisten für
815 den Richterwahlausschuss.

816 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
817 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
818 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
819 Beförderungen ändern. Insbesondere sind BPoC unterrepräsentiert. Es ist daher notwendig,
820 diese Gruppen vermehrt für das Jura-Studium zu gewinnen und auf ihrer weiteren Laufbahn zu
821 fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu
822 Rassismus, Sexismus und Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-
823 Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für
824 Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden, mit dem Ziel, Jurist*innen
825 dazu zu befähigen, rassistische, trans-/homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten
826 als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten
827 angemessen umzugehen.

828 Rechtsstaat braucht Infrastruktur

829 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
830 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
831 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden
832 wir energetisch sanieren und den bereits begonnenen Bau von Solaranlagen und
833 Blockheizkraftwerk forcieren.

834 Digitalisierung voranbringen

835 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
836 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
837 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
838 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
839 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
840 der Prozessgrundsätze.

841 Rechtsstaat für alle

842 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
843 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
844 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
845 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
846 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
847 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
848 werden wir weiterführen.

849 Gefangene werden Nachbar*innen

850 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
851 „Wegsperrern!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
852 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
853 können und nicht rückfällig werden. Denn die Resozialisierung der Gefangenen ist ein guter
854 und nachhaltiger Schutz der Gesellschaft vor Straftaten. Der Strafvollzug ist außerdem der

855 eingriffsintensivste Bereich des Staates, weshalb wir den Grundrechtsschutz für Gefangene
856 und ihre Familien weiter verbessern werden.

857 Der offene Vollzug ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die
858 schädlichen Folgen der Haft zu minimieren. Gerade im Jugendstrafvollzug wollen wir den
859 offenen Vollzug daher weiter stärken und daneben weitere freie Formen des Vollzugs erproben.
860 Den Anteil der vorzeitigen Entlassungen in Berlin wollen wir mindestens auf den
861 Bundesdurchschnitt erhöhen. Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen
862 gemeinnützige Arbeit verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir
863 finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen
864 Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern. Die besondere Situation von
865 LSBTIQ* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders
866 berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

867 Strafgefangene brauchen mehr und zeitgemäße Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere
868 Betreuung vor und nach der Entlassung, besonders substituierte Gefangene. Wir haben daher
869 das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In
870 den kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu
871 Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale
872 Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so
873 funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite Chance“ auch eine echte Chance.
874 Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir werden
875 daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und ihn flexibler
876 gestalten, vor allem durch eine neue Laufbahn im gehobenen Dienst.

877 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
878 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
879 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
880 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
881 wir fortsetzen.

882 Strafrecht als „Ultima Ratio“

883 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
884 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
885 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
886 Besitz von Drogen wollen wir entkriminalisieren. Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich
887 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. Entkriminalisierung muss überwiegend auf Bundesebene
888 geregelt und umgesetzt werden. Unseren Handlungsspielraum auf Landesebene werden wir unter
889 anderem nutzen, um die geringe, nicht verfolgbare Menge von Drogen heraufzusetzen.

890 4.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz stärken

891 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
892 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
893 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
894 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

895 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
896 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
897 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
898 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
899 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
900 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
901 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,

902 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
903 die Berliner*innen möglich.

904 Demokratie heißt Vielfalt

905 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
906 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
907 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
908 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten
909 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
910 infrage stellen.

911 Friedliches und freiheitliches Demonstrationsrecht

912 Berlin ist mit über 5.000 politischen Versammlungen jährlich die Hauptstadt der
913 Demonstrationen. Wir haben das Versammlungsgesetz an die Realität der Tausenden
914 weitestgehend friedlichen Demonstrationen angepasst und damit Versammlungsfreiheit und
915 Deeskalation gestärkt. Die Bewertung der Gefahrenprognose unterschiedlicher Demonstrationen
916 ist in der Vergangenheit jedoch nicht immer gelungen. Hier wollen wir in Zukunft anhand
917 objektiv nachvollziehbarer Kriterien eine bessere Abwägung gewährleisten. Um Spannungen und
918 damit Konfliktpotential zu minimieren, setzen wir uns für eine einheitliche, deeskalative
919 Berliner Strategie für die Versammlungsfreiheit ein. Unser Anspruch bleibt es, das
920 progressivste Versammlungsrecht der Bundesrepublik zu verwirklichen.

921 Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen

922 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
923 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
924 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
925 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
926 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
927 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
928 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
929 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

930 Bürger*innenräte in Berlin einführen

931 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir mit einem Gesetz
932 zur Durchführung von Bürger*innenräten diese auf Bezirks- und Landesebene etablieren. Diese
933 sollen zu bestimmten Themen mit einem spezifischen Auftrag und den notwendigen Ressourcen
934 temporär gebildet werden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die
935 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch
936 das Zufallsprinzip gelost – aus allen betroffenen Einwohner*innen ungeachtet ihrer
937 Staatsangehörigkeit –, um die gesamte Breite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu
938 können. Die Losverfahren sind so aufzusetzen, dass immer benachteiligte und/oder sogenannte
939 „stille“ gesellschaftliche Gruppen in den Bürger*innenräten vertreten sind und mitarbeiten
940 können. Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können damit Lösungen für konkrete
941 Probleme für Berlin oder ganz konkret im Kiez erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die
942 demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer
943 Entscheidungen erhöhen. Dies digital wie analog zu fördern, darf weder nur privilegierten
944 sozialen Schichten zugutekommen noch nur für sie attraktiv zu nutzen sein.

945 Stadtvertrag für Beteiligung

946 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
947 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
948 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
949 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
950 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte
951 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere
952 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
953 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
954 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
955 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Wir wollen die Infrastruktur digitaler
956 Beteiligung, wie sie derzeit etwa mit „meinBerlin“ besteht, ausweiten und damit das Prinzip
957 offener Daten flankieren. Sie soll die Möglichkeiten voranbringen, unter
958 datenschutzfreundlichen Bedingungen eine Informations-, Diskussions- und
959 Beteiligungsgrundlage für Bürger*innen zu schaffen.

960 Demokratische Initiativen stärken

961 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
962 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
963 Rassismus und Antisemitismus“, der „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV)
964 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen das
965 Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen – gerade im Bereich der
966 Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung und des Empowerments – absichern und stärken
967 – und zwar verlässlich, langfristig und mit weniger bürokratischem Aufwand. Deshalb wollen
968 wir ein Demokratiefördergesetz für Berlin und eine Overhead- bzw. Gemeinkostenpauschale für
969 alle Zuwendungsprojekte einführen. Die Tarifangleichungen für das Personal von NGOs und
970 freien Trägern werden wir fortsetzen und die Eingruppierung von Projektstellen
971 systematisieren und erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass das
972 politische Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt wird. Zivilgesellschaftliches
973 Engagement braucht Räume, um sich entfalten zu können und für alle leicht erreichbar zu
974 sein. Angesichts weiterhin steigender Konkurrenz um bezahlbaren Raum in der Stadt wollen wir
975 zivilgesellschaftliche Räume vor Verdrängung schützen. Auch gewerbliche Räume wie Bars oder
976 Clubs können wichtige Freiräume für demokratisches Engagement darstellen. Um sie zu
977 schützen, wollen wir die Einführung eines Gewerbemietendeckels prüfen.

978 Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten

979 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
980 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
981 Probleme anzugehen. Er legt rechtsextremistische, antisemitische, rassistische oder andere
982 menschenverachtende Haltungen offen und erfasst die Erfahrungen von diskriminierten
983 Berliner*innen. Damit ist er eine wichtige Grundlage für ganz gezielte Maßnahmen. Um das
984 demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung unerlässlich.
985 Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, sie insbesondere für junge
986 Menschen zugänglicher machen und ihre Arbeit an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen
987 ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Das
988 ehemalige Stasigelände in Lichtenberg soll zu einem „Campus der Demokratie“ und das
989 ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einer Gedenkstätte entwickelt werden. Die
990 Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener
991 Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

992 Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken

993 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres
994 Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Betroffenen fühlen sich
995 oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen
996 können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso
997 werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen
998 einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.

999 Hass und politische Gewalt bekämpfen – gegen jeden Antisemitismus

1000 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
1001 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
1002 wollen damit insbesondere Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten und der Bedrohung
1003 jüdischen Lebens durch den wachsenden Antisemitismus entgegenreten. Daher haben wir auch
1004 eine Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft berufen, einen
1005 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus benannt und eine senatsübergreifende
1006 Landeskonzepktion zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt. Diesen
1007 klaren Kurs werden wir auch künftig fortsetzen und entschieden gegen jeden Antisemitismus
1008 vorgehen!

1009 4.7 Berlin – Stadt der Kultur und der Künste

1010 Die Kunst- und Kulturmetropole Berlin ist unter Druck. Kaum eine andere Stadt hat ein so
1011 reichhaltiges Angebot an Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-,
1012 Literatur-, Musik- und Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und
1013 lebenswert machen. Doch der übergroße Teil von ihnen gehört immer noch zu den
1014 Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Bodenspekulation, steigende Mieten und
1015 Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit
1016 sich gebracht. Darüber hinaus haben durch den Lockdown in der Corona-Pandemie zahllose
1017 freischaffende Künstler*innen und private Kulturorte von heute auf morgen ihre
1018 Existenzgrundlage verloren.

1019 Wir geben Berlins einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und
1020 Ausbau: Wir haben mit Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung
1021 von Künstler*innen gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte
1022 Immobilienankäufe neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den
1023 Bezirken ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturräum-
1024 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von
1025 mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins
1026 weiter vorantreiben.

1027 Kultur und die Künste brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend

1028 Berlins vielfältiges Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und
1029 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Deshalb wollen wir zur Sicherung der kulturellen
1030 Infrastruktur bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
1031 Stadtentwicklungspolitik kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund
1032 stellen. So wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem Schwerpunkt
1033 Musik gesichert haben und unter Beteiligung der Akteur*innen und mit hoher Transparenz
1034 weiterentwickeln, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als künstlerische
1035 Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Der Verdrängung und Mietenexplosion wollen
1036 wir Schutzmaßnahmen entgegenstellen. Wir werden weiterhin private Immobilien für diesen
1037 Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene
1038 und den Spartenverbänden kontinuierlich weiterentwickeln. Bei Planung und Bau neuer
1039 Stadtquartiere müssen künstlerische Nutzungen und die Schaffung kultureller Orte von

1040 vornherein mit einem möglichst hohen Raumanteil berücksichtigt werden. Und statt Leerstand
1041 sollen Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen.
1042 Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer
1043 Kulturennutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner
1044 Verwaltung können geeignet sein, außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und
1045 Aufführungsorte zu fungieren – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich
1046 neue Räume für die bezirkliche Musikschule, Ateliers, Proberäume, Orte der Erinnerungskultur
1047 oder die Jugendkunstschule entstehen.

1048 Förderung der Freien Szene neu justieren

1049 Berlins Freie Szene war schon immer ein Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks- und
1050 Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
1051 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
1052 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und
1053 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalität dieser Szene allerdings
1054 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
1055 zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbände und Kulturorte einer vorbehaltlosen und
1056 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Zudem wollen wir gegen die
1057 bisherige Unwucht in der Kulturförderung zu Lasten der Freien Szene angehen und deren
1058 Finanzierung verbessern. Dabei wollen wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit
1059 dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der
1060 Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen
1061 der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und die Strukturen der freien
1062 Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen. Ein Berliner
1063 Kulturfördergesetz kann die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den
1064 gesellschaftlichen Stellenwert von Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die
1065 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln. Wesentliche Kriterien hierbei sind
1066 ökologische sowie soziale Nachhaltigkeit und Diversität.

1067 Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik

1068 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
1069 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
1070 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
1071 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
1072 die postmigrantisches, transkulturelles Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
1073 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
1074 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
1075 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
1076 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir
1077 einen Anfang gemacht. Wir wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu
1078 einem wesentlichen Kriterium machen, und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen
1079 Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch auf die kulturellen Angebote selbst.
1080 Auch die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und
1081 Kulturszene muss verbessert werden. Queere künstlerische Positionen sind besonders zu
1082 fördern, bestehende Hürden für queere Künstler*innen abzubauen und queere Sichtweisen auch
1083 in Jurys und Auswahlgremien zu stärken. Weil diskriminierungssensible
1084 Personalverantwortliche und Einstellungspraktiken Grundlage für einen vielfältigen
1085 Kulturbetrieb sind, wollen wir, dass Personalverantwortliche in Kultureinrichtungen
1086 entsprechend geschult werden.

1087 Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
1088 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendanten-Kollektive
1089 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
1090 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
1091 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
1092 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern
1093 sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen
1094 Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns
1095 weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kulturbereich ein.

1096 Kulturelle Bildung und Bibliotheken

1097 Damit möglichst viele Berliner*innen einen Zugang zu Kulturangeboten finden, wollen wir die
1098 kulturelle Bildung und Kunstvermittlung stärken. Wir streben eine niedrigschwellige,
1099 inklusive und aufsuchende kulturelle Bildung an, die Kindern und Jugendlichen auch
1100 selbstorganisierte Projekte ermöglicht. Schule und außerschulische Lernorte sollen mehr
1101 zusammenwachsen. Auch Bibliotheken müssen als Dritte Orte offen und barrierearm zugänglich
1102 sein, denn sie sind nicht nur Bücherverleihstellen, sondern wichtige Kiezorte der sozialen
1103 Begegnung, des kulturellen Austauschs und des interaktiven Lernens. Wir brauchen eine
1104 Bibliotheksentwicklungsplanung, die dafür die nötigen finanziellen Mittel einplant.

1105 Die Kreativwirtschaft ist schon vor Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren
1106 dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen,
1107 Soloselbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits-
1108 und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von
1109 Maßnahmen auf den Weg bringen. Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene,
1110 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner
1111 Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln.

1112 Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft – auch im Flughafen Tempelhof

1113 Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft,
1114 in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Ausbildungs-,
1115 Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz
1116 finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft
1117 schaffen.

1118 Mit dem Campus für Demokratie Zivilgesellschaft und (Erinnerungs-)Kultur stärken

1119 Erinnerungskultur und Stadtentwicklung gehören zusammen. Deshalb setzen wir uns in
1120 Zusammenarbeit mit Bund und Bezirk für die Entwicklung des „Campus für Demokratie“ auf dem
1121 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ein. Das entwickeln wir zu einem
1122 lebendigen Erinnerungsort, der das Stasi-Unterlagen-Archiv mit Räumen für Kunst und
1123 kulturelle Bildung und Projekten der demokratischen Stadtgesellschaft verbindet. So stärken
1124 wir auch nachhaltigen Tourismus im Außenbezirk Lichtenberg und das umliegende Stadtquartier.
1125 Wir wollen, dass das Land Berlin diesen Prozess durch weiteres Engagement und eine aktive
1126 Grundstückspolitik vor Ort in der nächsten Legislatur vorantreibt.

1127 Freiheit der Medien garantieren

1128 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
1129 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die
1130 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
1131 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
1132 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und

1133 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
1134 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
1135 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
1136 im RBB zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
1137 weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
1138 anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe
1139 weiter hoch halten könnte. Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung
1140 von illegalen und demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen nicht außerhalb der Verantwortung
1141 der Plattformen durch dies begünstigende Algorithmen automatisiert vorangetrieben werden.
1142 Wir werden die Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die
1143 Plattformregulierung durch die Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln.

1144 „Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen

1145 Die Produktion von Filmen für Kinos, Plattformen und Sender stellt einen wichtigen Teil der
1146 Berliner Wertschöpfung dar und zählt mit knapp 200.000 direkt oder indirekt Beschäftigten zu
1147 den größten Branchen Berlins. Um die durch Corona unter Druck geratene Branche zu sichern
1148 und Berlin zu einem noch stärkeren, kreativen, internationalen Spitzenplatz des Films zu
1149 entwickeln, werden wir das Filmfördersystem des Medienboards Berlin Brandenburg (MBB)
1150 optimieren. Wir werden den Zugang zu Filmfördermitteln transparenter und unabhängiger von
1151 eingefahrenen Strukturen und gewachsenen Abhängigkeiten ermöglichen. Dazu werden wir neue
1152 Förderinstrumente umsetzen und Vergaben in qualifizierten Losverfahren, im Patenverfahren
1153 und mit automatischer Referenzförderung einführen. Für Erstlings- und Folgewerke werden wir
1154 einen neuen Fördertopf schaffen, der einen breiteren Zugang und nachhaltigeren Berufsstart
1155 ermöglicht. Das MBB wird zu einer Überprüfung der Einhaltung von Sozial- und
1156 Nachhaltigkeitsstandards geförderter Produktionen verpflichtet, um den untragbaren Zustand
1157 des Unterlaufens von sozialen und tariflichen Mindeststandards zu beenden.

1158 Green Culture – Kultur und Nachhaltigkeit

1159 Wir denken Kultur und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich kann durch die Einsparung
1160 von CO₂-Emissionen einen Beitrag zur klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere
1161 für die Museen sowie den Gastspiel- und Festivalbetrieb, da hier am meisten Treibhausgas-
1162 Emissionen im Kulturbereich anfallen. Wir unterstützen die bereits vorhandenen Bestrebungen
1163 und Umsetzungen bei vielen kulturellen Akteur*innen und Einrichtungen. Gleiches gilt für
1164 Konzepte wie die Einrichtung eines „Green Culture Desk“ und Fonds auf Bundesebene. In der
1165 Kulturförderung müssen die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit und
1166 die Transformation zu einem nachhaltigeren Kulturbetrieb eine stärkere Rolle spielen.

1167 Clubkultur erhalten

1168 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
1169 Nutzungskonflikte mit Anwohnenden zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für
1170 Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen
1171 wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs
1172 bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln
1173 zu verschaffen, haben wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkannt. Darüber
1174 hinaus setzen wir uns für eine Änderung des Baugesetzbuchs auf Bundesebene ein, damit die
1175 Kommunen Kulturerhaltungsgebiete einführen können, und wollen Clubs auch durch Änderungen im
1176 Gewerbemietrecht besser schützen. Clubs sind auch Kreativlabore der Subkultur. Gerade die
1177 kleinen Clubs dürfen nicht durchs Raster fallen, wir wollen sie retten und mit gezielten
1178 Programmen unterstützen. Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der
1179 gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu
1180 stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der Clubkommission gegen

1181 Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen. In den letzten Jahren sind auch
1182 Open-Air-Tanz- und Liveveranstaltungen immer stärker besucht worden. Momentan stehen die
1183 Veranstalter*innen aber oft vor rechtlichen Risiken und Unsicherheiten. Darum wollen wir die
1184 Einführung eines Open-Air-Gesetzes wie in Bremen prüfen. Das gesellschaftliche Engagement
1185 der Clubs tut Berlin gut, weshalb wir sie, zum Beispiel bei ökologischen Maßnahmen,
1186 weiterhin finanziell unterstützen wollen.

1187 Decolonize!

1188 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
1189 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
1190 Dekolonisierung geworden. Doch diese ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
1191 postmigrantisch-diasporischen Communitys und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
1192 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
1193 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir
1194 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
1195 Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
1196 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
1197 den Kolonialismus und Kolonialverbrechen ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir auf
1198 Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie und für
1199 die Errichtung von dezentralen Lernorten zur Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen
1200 sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten werden, wie es im angelsächsischen
1201 Raum längst der Fall ist. Und wir fordern weiterhin die Errichtung eines Lern- und
1202 Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des
1203 deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort
1204 zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der
1205 Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische und
1206 transparente Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen
1207 und Sammlungsbestände ein. Provenienzforschung ist ein langer und aufwändiger Prozess. Die
1208 bislang zur Verfügung stehenden Personalmittel reichen nicht aus. Deshalb wollen wir in der
1209 kommenden Legislaturperiode die wissenschaftliche Erforschung ausbauen. Koloniale Raubkunst
1210 und menschliche Überreste müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das
1211 proaktiv. Wir wollen außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür
1212 nutzen, eine Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und
1213 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

1214 4.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick

1215 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
1216 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
1217 mussten, und soll eine gute Heimat für all diejenigen bieten, die in einer weltoffenen,
1218 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
1219 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

1220 Berlin ist sicherer Hafen

1221 Wir bekennen uns zu den Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Solidarität, auf
1222 die sich die EU verpflichtet hat. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen
1223 steht diesen Werten entgegen und ist eine Schande für Europa. Mit dem Ziel der Abschreckung
1224 wird Seenotrettung auf dem Mittelmeer systematisch kriminalisiert und verhindert, wodurch
1225 die Flucht aus Bürgerkriegsländern wie Libyen immer schwieriger und gefährlicher wird. Wir
1226 stehen an der Seite der zivilen Seenotrettung und setzen uns dafür ein, dass Berlin selbst
1227 einen aktiven Beitrag zur Seenotrettung im Mittelmeer leistet, bis die Bundesregierung oder
1228 die Europäische Union diese Aufgabe endlich übernehmen. Die Unterbringung von Geflüchteten

1229 in menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos oder in Lipa an der kroatischen
1230 Grenze, zeigt das Scheitern der bisherigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir
1231 fordern stattdessen eine solidarische und menschenrechtsbasierte europäische
1232 Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires und individuelles Asylverfahren
1233 zusichert. Hierzu gehört auch, dass wir den gesetzlichen Spielraum ausschöpfen, damit sich
1234 Landesbeamt*innen nicht länger an menschenrechtswidrigen Frontex-Einsätzen beteiligen.

1235 Als Land Berlin nehmen wir frühzeitig und wirksam Einfluss auf die entsprechenden
1236 Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist,
1237 Solidarität zu zeigen und Menschen aufzunehmen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten
1238 Ländern und Kommunen in Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische
1239 Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder gestärkt werden. Gemeinsam
1240 fördern wir die Willkommenskultur und beteiligen uns aktiv in Netzwerken wie Solidarity
1241 Cities und dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Bislang sind wir mit unserem
1242 Landesaufnahmeprogramm immer wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese
1243 Ablehnung ist für uns Ansporn. Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für
1244 Geflüchtete aus den griechischen Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür
1245 sogar gegen das Bundesinnenministerium klagt. Wir werden die Klage weiterverfolgen. Auch bei
1246 der künftigen Bundesregierung werden wir uns für die Zustimmung zur Aufnahme einsetzen.
1247 Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete.

1248 Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern, die Aufnahmekapazitäten deutlich
1249 ausbauen und neue Aufnahmeprogramme starten. Wir sorgen dafür, dass unbegleitete
1250 Minderjährige, alleinfliehende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen,
1251 Ältere, LSBTIQ*, Familien, Personen mit psychischen Erkrankungen und besonders
1252 schutzbedürftige geflüchtete Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung, Betreuung
1253 und Unterbringung bekommen, die sie benötigen. Dabei schützen wir sie in allen
1254 Verfahrensschritten vor Diskriminierung und bieten entsprechende Unterstützungs-, Beratungs-
1255 und Empowerment-Angebote an.

1256 Bei der Aufnahme Schutzsuchender werden wir alle landesrechtlichen Spielräume ausnutzen und
1257 uns dabei auch für die Erteilung humanitärer Aufenthaltstitel durch die zuständigen Behörden
1258 einsetzen. Auch Menschen ohne Papiere oder mit prekärem Aufenthaltsstatus haben ein Recht
1259 auf ein Leben in Würde. Das bestehende Aufenthalts- und Asylrecht verweigert ihnen vielfach
1260 einen langfristig gesicherten Status und damit die soziale, wirtschaftliche und kulturelle
1261 Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Zur Wahrnehmung ihrer Rechte in asyl- und
1262 ausländerrechtlichen Verfahren, beim Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheits-
1263 und sozialen Leistungen sind diese Menschen abhängig von einer niedrigschwelligen Rechts-
1264 und Sozialberatung. Diese wollen wir stärken und langfristig sichern. Ebenso stärken wir den
1265 anonymen Krankenschein, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht.

1266 Eine echte Willkommensbehörde für Berlin

1267 Berlin profitiert seit Jahrhunderten davon, dass Menschen aus anderen Ländern hier ein neues
1268 Zuhause finden – egal ob freiwillig in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf der Suche
1269 nach neuen Herausforderungen oder unfreiwillig die alte Heimat aufgebend. Sie bringen neue
1270 Ideen mit, bereichern die Stadt mit ihren einzigartigen Erfahrungen und sorgen für soziale
1271 wie technologische Innovationen. Hier ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft
1272 schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es
1273 jetzt schon ist: Etwa drei von zehn Berliner*innen haben einen Migrationshintergrund, etwa
1274 die Hälfte davon besitzt den Pass eines anderen EU-Landes. Nun gilt es, diese Realitäten in
1275 Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und
1276 freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt

1277 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle nötigen
1278 Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und
1279 Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Zudem werden die neuen Einwohner*innen der
1280 Stadt bei dieser Behörde alle Amtsgeschäfte mit Landes- und Bezirksbehörden nach dem Prinzip
1281 des einzelnen Schalters auch in Fremdsprachen anstoßen können. Menschen ohne ausreichende
1282 Deutschkenntnisse werden von der Behörde im Umgang mit der Verwaltung unterstützt. Die
1283 Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt werden.
1284 Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
1285 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
1286 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
1287 der Betroffenen nutzen. Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dass Geflüchtete mit
1288 subsidiärem Schutz Reisedokumente mit ihrem Aufenthaltstitel erhalten, damit niemand einen
1289 nationalen Pass in dem Land beantragen muss, aus dem er geflüchtet ist. Darüber hinaus
1290 wollen wir die in Berlin bis 2018 geltende Sonderregelung, die eine solche Passbeschaffung
1291 nicht zwingend machte, wieder einführen.

1292 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
1293 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
1294 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
1295 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
1296 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
1297 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
1298 ausgeschlossen sein. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
1299 Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan oder Syrien, ist
1300 inakzeptabel und muss beendet werden. Kein Mensch ist illegal – das bedeutet für uns
1301 Berliner Bündnisgrüne, dass wir Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam für grundsätzlich
1302 unangemessene Maßnahmen halten und uns auch auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen.

1303 Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

1304 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
1305 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen – selbst innerhalb der
1306 Europäischen Union – immer wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser
1307 Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat
1308 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur, Wissenschaft
1309 und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in Sicherheit zu leben.
1310 Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem gemeinsamen institutionellen Dach,
1311 einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein starkes Signal für den Schutz von
1312 Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein
1313 „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und
1314 gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

1315 Berlin ist Fairtrade-Town – das verpflichtet zu Verantwortung

1316 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
1317 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
1318 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
1319 Importeur*innen müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die
1320 Auszeichnung Berlins als Fairtrade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses
1321 waren dafür erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine
1322 faire und ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über
1323 Computer und Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig
1324 einkaufen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für ein wirksames Lieferkettengesetz mit

1325 verbindlicher Haftungsregelung ein, damit Unternehmen weltweit menschenrechtliche und
1326 umweltbezogene Sorgfaltspflichten einhalten müssen, Betroffene Zugang zu Gerichten in
1327 Deutschland bekommen und Verbraucher*innen Transparenz erhalten.

1328 Mit Europa im Herzen – engagiert und verantwortungsbewusst

1329 Für uns als größte Stadt der Europäischen Union ist es unser Selbstanspruch, eine
1330 verantwortungsbewusste und global-solidarische Politik der EU aktiv mitzuprägen. Dazu wollen
1331 wir die Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes vollumfänglich nutzen. In Berlin leben rund
1332 420.000 Bürger*innen aus anderen EU-Ländern – Europa ist Teil unseres Alltags, unsere
1333 Herausforderung und unsere historische Chance zugleich. Um diese Vielschichtigkeit Europas
1334 besser zu vermitteln, wollen wir Europabildung einschließlich Kolonialgeschichte in
1335 Bildungseinrichtungen anbieten und dazu mit möglichst vielen verschiedenen Berliner Trägern
1336 und Verbänden kooperieren. Um der wachsenden Rolle von Kommunen und Metropolen in der EU
1337 gerecht zu werden, setzen wir uns zusammen mit unseren europäischen Partnerstädten für eine
1338 direkte Vergabe von EU-Mitteln an Kommunen ein.

1339 Soziales Europa statt Ausbeutung

1340 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
1341 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
1342 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
1343 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
1344 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
1345 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
1346 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
1347 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das
1348 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
1349 Auf Bundes- und EU-Ebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft
1350 werden. In Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle
1351 Möglichkeiten geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des
1352 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben
1353 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1354 Partnerschaften in der Europäischen Union

1355 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
1356 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
1357 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
1358 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
1359 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
1360 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen,
1361 und Austauschprojekte von Schulen und Vereinen im Rahmen dieser Partnerschaft unterstützen.
1362 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerken, die sich für Klimaschutz, den
1363 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit einsetzen, wollen
1364 wir weiter ausbauen und stärken. Wir werden daher auch Berlins Mitgliedschaft im „Klima-
1365 Bündnis – Europäische Kommunen in Partnerschaft mit indigenen Völkern“ mit konkreten
1366 Aktivitäten beleben und unterstützen. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um
1367 noch stärker den Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
1368 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

1369 Europa in die Berliner Landesverfassung

1370 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein Bekenntnis zur
1371 Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen, wie es in vielen

1372 anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der
1373 Bürgermeister besser in die Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen
1374 Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden
1375 werden. Außerdem wollen wir das europäische Programm „NextGenerationEU“ nutzen, um dem
1376 Klimawandel und der digitalen Transformation mit Zukunftsinvestitionen zu begegnen. Die
1377 Europabeauftragten auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit
1378 berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen wir
1379 vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt. Kleinen
1380 und mittleren Unternehmen, Vereinen und Initiativen wollen wir den Zugang zu Fördermitteln
1381 durch niedrigschwellige Beratungsangebote erleichtern.

1382 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1383 1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen

1384 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
1385 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
1386 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
1387 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben: durch
1388 ein effektives Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung, einen
1389 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
1390 der Verwaltung. Und damit feministische Politik endlich als Querschnittsthema in allen
1391 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,
1392 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und
1393 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

1394 2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur 1395 Terrorserie in Neukölln

1396 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-Morden.
1397 Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt, aus der
1398 Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in
1399 der Berliner Justiz umgesetzt werden. Betroffene fühlen sich vom Staat nicht mehr geschützt
1400 und noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch
1401 nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber
1402 auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum
1403 werden wir direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen parlamentarischen
1404 Untersuchungsausschuss einsetzen. Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das braucht die
1405 Berliner Polizei. Bis zur Aufklärung der rechtsextremen Terrorserie und darüber hinaus
1406 stehen wir den Angegriffenen solidarisch beharrlich zur Seite, auch weil es sich dabei um
1407 einen Angriff auf unsere Gesellschaft als Ganzes handelt. Wir setzen uns dafür ein, dass der
1408 Sicherheitsapparat die von rechter Gewalt Betroffenen wirklich schützt.

1409 3. Bürger*innenräte in Berlin einführen

1410 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
1411 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die zu bestimmten Themen mit einem spezifischen
1412 Auftrag und den notwendigen Ressourcen temporär gebildet werden und die Institutionen
1413 repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das
1414 Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.
1415 Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im
1416 Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
1417 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
1418 auf lokaler Ebene erhöhen.

1419 4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten

1420 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
1421 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
1422 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
1423 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
1424 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
1425 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
1426 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
1427 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

1428 5. Eine Willkommensbehörde für Berlin

1429 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
1430 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
1431 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
1432 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs und die Verweisberatung zu Deutschkursen
1433 bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für
1434 Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch die Zuständigkeit für das
1435 Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die Integrationsverwaltung übertragen werden.
1436 Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.